



Presseschau vom 02.04.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolaj Jolkin: Ende des Warschauer Paktes vor 30 Jahren – Triumph der Sieger des Kalten Krieges?

Am 31. März 1991 beschlossen die Regierungschefs der Warschauer-Pakt-Staaten die Auflösung des Bündnisses nach fast 36 Jahren. Aber schon im September 1990 trat die DDR als Gründungsmitglied nur wenige Tage vor der Wiedervereinigung aus der Organisation aus. Dies wird inzwischen weniger schmerzlich empfunden als der Zerfall der Sowjetunion selbst.

...

<https://snanews.de/20210401/ende-des-warschauer-paktes-vor-30-jahren--triumph-der-sieger-des-kalten-krieges-1533634.html>

de.rt.com: Uni Kassel: Student benutzte keine "genderneutrale Sprache" – Dozent gibt Punktabzug

Wie fast alle Universitäten verwendet die Universität Kassel die sogenannte geschlechtergerechte Sprache. Das sei angeblich kein Konfliktthema dort. Doch Studenten, die das generische Maskulinum verwenden, können mit Punktabzug und schlechteren Noten bestraft werden. ...

<https://kurz.rt.com/2gy7>

abends/nachts:

snanews.de: „Geplante Provokation“: Ausländische Kriegsschiffe in Nord-Stream-2-Baugebiet gesichtet

Der Betreiber des Gaspipelineprojekts Nord Stream 2 meldet zunehmende Aktivitäten ausländischer Kriegsschiffe und Flugzeuge im Baugebiet der Ostseepipeline. Es handelt sich dabei laut einer Mitteilung der „Nord Stream 2 AG“ unter anderem um ein unbekanntes U-Boot sowie ein Kriegsschiff der polnischen Marine.

Ein unbekanntes U-Boot ist Angaben zufolge am 28. März 2021 in der Sicherheitszone des Verlegeschiffs „Fortuna“ gesichtet worden.

„Die Ankerleinen von ‚Fortuna‘ befinden sich in einer Entfernung von mehr als einer Meile, daher könnten die Aktivitäten des U-Bootes das gesamte Ankerpositionierungssystem des Rohrverlegungskahns lahmlegen und zu einer Beschädigung der Pipeline führen“, erklärte der Projektbetreiber.

Ein weiterer Vorfall ereignete sich am folgenden Tag. Diesmal kreiste ein Kriegsschiff der polnischen Marine um „Fortuna“ herum.

Dem Betreiber zufolge erscheinen auch zivile Schiffe im Nord-Stream-2-Baugebiet. Sie verletzen die Sicherheitszone, nähern sich dem Verlegeschiff gefährlich an und reagieren nicht auf die Anfragen der Besatzung. So drang am 22. Februar ein polnisches Fischereifahrzeug in das Arbeitsgebiet in der Nähe der dänischen Insel Bornholm ein und musste von „Fortuna“ zurückgedrängt werden.

„Es geht offensichtlich um geplante und vorbereitete Provokationen, bei denen sowohl Fischereifahrzeuge als auch Kriegsschiffe, U-Boote und Flugzeuge eingesetzt werden, mit dem Ziel, die Umsetzung des Wirtschaftsprojekts zu verhindern. Das ist wohl ein bislang beispielloser Fall in der Geschichte“, heißt es in der Mitteilung der „Nord Stream 2 AG“. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/04/1146408_0:31:3397:1942_1440x0_80_0_0_6b60e6ae8655413132aca1c7370a061d.jpg

mil-lnr.info: Erklärung des Oberkommandos der Volksmiliz der LVR

Guten Tag!

Im Zusammenhang mit dem in Kraft getretenen Erlass des Oberhauptes der Republik Nr. UG-151/21 vom 1. April 2021 „Über eine verpflichtende Ausbildung in militärischen Fachgebieten der Soldaten und Unteroffiziere in der Volksmiliz der LVR“ halten wir es für notwendig, grundlegende Regelungen und Aspekte dieses Dokuments zu erläutern.

Entsprechend den Regelungen der Verfassung der LVR wird vom 1. April bis 30. September dieses Jahres eine Auswahl von männlichen Bürgern der LVR im Alter von 18 bis 27 Jahren stattfinden, die einer Einberufung zum Militärdienst unterliegen, um ein Ausbildungsprogramm in einem militärischen Fachgebiet zu durchlaufen. Die Ausbildungsdauer der Bürger, die unter den Erlass des Oberhauptes der LVR fallen, beträgt 6

Monate. Die Ausbildung wird auf Basis einer der Einheiten der Volksmiliz der LVR erfolgen. Grundlage für die Absolvierung der verpflichtenden Ausbildung in einem militärischem Fachgebiet in den Einheiten der Volksmiliz der LVR wird das erfolgreiche Durchlaufen einer militärärztlichen Kommission und eines psychologischen Tests der Kandidaten sein.

Derzeit ist die Zahl der Kandidaten für die Ausbildung durch eine Verfügung des Oberhauptes der LVR beschränkt und beträgt 200, obwohl die Zahl derjenigen, die an dem Ausbildungsprogramm teilnehmen möchten, wesentlich größer ist.

Während der Ausbildung werden alle Bürger, die zu diesen Maßnahmen herangezogen werden, mit alle notwendigen Arten von Zuschüssen, darunter für Heizung, Kleidung und materiellen Zuschüssen versorgt.

Gleichzeitig werden Bürger, die nicht auf Grundlage von § 25 des „Gesetzes über militärische Verpflichtung und Militärdienst“ einberufen werden können, nicht zu der Ausbildung herangezogen.

Die Ausbildung ist gemäß dem Erlass des Oberhauptes dem Militärdienst gleichgestellt. Zum Abschluss der Ausbildungsmaßnahmen werden alle Bürger, die erfolgreich den Kurs in einem militärischen Fachgebiet durchlaufen haben, ein Militärausweis mit der Eintragung über die Ableistung des Militärdienstes in den Reihen der Volksmiliz der LVR erhalten.

snanews.de: **Microsoft erhält vom US-Militär Auftrag in zweistelliger Milliardenhöhe**

Das Pentagon hat für umgerechnet 18,6 Milliarden Euro Headsets und Cloud-Dienste bei Microsoft bestellt. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zehn Jahren und beinhaltet unter anderem die Herstellung von rund 120.000 auf Microsofts Hololens-Hardware aufbauenden Augmented-Reality-Brillen, teilte ein Konzernsprecher am Donnerstag der dpa zufolge mit. Microsoft hatte 2018 zunächst für rund 480 Millionen Dollar die Entwicklung von Prototypen vereinbart. Eine Hololens-Brille kostet im normalen Handel 3500 US-Dollar, doch der Deal mit dem Militär geht weit darüber hinaus.

Das Integrated Visual Augmentation System (IVAS) genannte Programm basiert auf Microsofts Cloud-Diensten rund um die Plattform Azure. Soldaten sollen über die Headsets nicht nur Zugriff auf gängige Services wie Nachtsicht- und Wärmebildfunktionen erhalten, sondern auch mit Hilfe von Augmented Reality wichtige Daten zur Erleichterung von taktischen und strategischen Entscheidungen.

Augmented Reality, kurz AR, bedeutet erweiterte Realität, dabei werden künstliche Objekte in die reale Umgebung eingeblendet. Das US-Militär teilte am Mittwoch mit, große Hoffnungen in diese Technologie zu setzen.

Microsoft wird durch den Auftrag zu einem immer wichtigeren Partner des US-Verteidigungsministeriums. Der Software-Konzern hatte zuvor bereits einen zehn Milliarden US-Dollar schweren Cloud-Auftrag des Pentagons ergattert. Das zog allerdings Beschwerden und Klagen des Mitbewerbers Amazon nach sich.

Anleger reagierten auf den jüngsten Deal zunächst verhalten, die Microsoft-Aktie machte keine großen Sprünge.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/09/1205018_0:169:3072:1897_1440x0_80_0_0_287ed058f7452128cd6b3dbe7a0e869c.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über das Inkrafttreten des Erlasses des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik „Über die Einberufung von Bürgern der Geburtsjahre 1994-2003 zum Militärdienst im April bis Juli 2021“

Entsprechend dem in Kraft getretenen Erlass des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik vom 25. März 2021 Nr. 79 „Über die Einberufung der Bürger der Geburtsjahr 1994-2003 zum Militärdienst im April bis Juli 2021 wird eine Einberufung zum Militärdienst für Bürger der Republik der genannten Kategorie durchgeführt.

In die Reihen der Volksmiliz werden 200 Bürger der Republik im Alter von 18 bis 27 Jahren, die über hohe Kennziffern bei einer professionellen psychologischen Auswahl verfügen und von ihrem Gesundheitszustand geeignet sind, für sechs Kalendermonate einberufen.

Während der Wehrpflicht werden die Bürger der Republik mit allem Nötigen versorgt.

Durch das Gesetz der Donezker Volksrepublik vom 13. Februar 2015 Nr. 08-IHC ist vorgesehen, dass zum Militärdienst Bürger, die entsprechend diesem Gesetz von der Ausübung der militärischen Verpflichtungen, der Einberufung zum Militärdienst befreit sind, Bürger die von der Einberufung zum Militärdienst zurückgestellt sowie Bürger, die nicht der Einberufung zum Militärdienst unterliegen, nicht einberufen werden.

Wir merken an, dass die Einberufenen den Dienst in Einheiten der Volksmiliz der DVR absolvieren werden, wo ihre Haupttätigkeit der Erhalt einer militärischen Fachausbildung, der notwendigen Kenntnisse und Fertigkeit, die es erlauben, im Weiteren in den Dienst in den Reihen der militärischen Behörden und anderer staatlicher Organe der Republik einzutreten. Im Ergebnis von sechs Monaten werden die Einberufenen einen Militärausweis mit der Eintragung über die Ableistung des Militärdienstes in den Reihen der Volksmiliz der DVR erhalten, der die Erfüllung der militärischen Verpflichtung des Bürgers entsprechend der Verfassung der Donezker Volksrepublik bestätigen wird.

de.rt.com: Sergei Lawrow: USA verhalten sich wie "Schlägertyp vom Hof"

Washington benimmt sich wie ein "Schlägertyp vom Hof", sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Donnerstag im russischen Fernsehen. Jedoch könne sich Moskau selbst verteidigen.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow verglich das Verhalten der USA in der internationalen Arena mit einem "Schlägertyp vom Hof", als er am Donnerstag über die Beziehungen zwischen Russland und den USA sprach.

"Als Kinder spielten wie alle im Hof. Aus den Häusern kamen Kinder verschiedenen Alters, mit verschiedener Erziehung – damals lebten alle zusammen. Und damals gab es in jedem

Hof zwei oder drei Schlägertypen, die alle malträtierten, bestrafte, ihnen Geld wegnahmen – das Kleingeld, das die Mutter für Brötchen und Frühstücke gab. Aber es vergingen zwei, drei, vier Jahre, diese kleinen Jungs wurden größer und konnten schon darauf antworten", sagte Lawrow.

Lawrow zufolge hat die Konfrontation zwischen Russland und dem Westen "den Tiefpunkt erreicht". Aber "in den Tiefen der Seele bleibt die Hoffnung, dass alle erwachsene Leute sind und sich den Risiken bewusst sind, die mit der weiteren Eskalation verbunden sind".

"Ich hoffe trotzdem, dass die Vernunft die Oberhand gewinnt."

Eine weitere Stufe auf der Eskalationsspirale in den Beziehungen zwischen den USA und Russland wurde erreicht, als US-Präsident Joe Biden in einem Interview auf die Frage, ob er den russischen Präsidenten Wladimir Putin für einen Mörder hält, positiv geantwortet hatte. Putin hingegen wünschte seinem US-amerikanischen Amtskollegen Gesundheit.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6065ed2f48fbef7fa75efd5a.JPG>

snanews.de: **Polen bestreitet Störaktionen seiner Kriegsmarine gegen Nord Stream 2**

Polen hat laut der Deutschen Presse-Agentur Vorwürfe, wonach die Marine des Landes die Verlegung der Rohre für die Ostseepipeline Nord Stream 2 mit Provokationen behindert hat, zurückgewiesen.

Zwar sei am 29. März ein Schiff der Marine auf offener See seiner „gesetzlichen Aufgabe“ in der Nähe des Pipelinebaus nachgegangen, teilte das Verteidigungsministerium in Warschau am Donnerstag der dpa mit. Dabei sei aber der Sicherheitsabstand eingehalten worden und alles korrekt abgelaufen. Auch absolvierten Flugzeuge der polnischen Marine regelmäßig Patrouillenflüge über der Ostsee. Diese seien aber im Einklang mit den internationalen Bestimmungen und hätten nicht die Absicht, sich in die Aktionen ziviler Stellen einzumischen.

Zuvor hatte der Betreiber des Gaspipelineprojekts „Nord Stream 2 AG“, die gezielte Störung der Bauarbeiten durch zivile und militärische Schiffe beklagt. ...

Am 28. März etwa sei weniger als eine Meile vom Rohrverlegeschiff „Fortuna“ entfernt ein nicht gekennzeichnetes U-Boot aufgetaucht. Einen Tag später habe ein Kriegsschiff der polnischen Marine nahe der „Fortuna“ ein Manöver durchgeführt. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/12/1344588_0:160:3274:2002_1440x0_80_0_0_40957461213635007dd22afb0a6e18b9.jpg

de.rt.com: **Kremlsprecher: Russland hofft auf Erhalt positiver Beziehungen zu Italien**

Ein Mitarbeiter des Büros des russische Militärattachés wurde in Rom festgesetzt und muss mit einem weiteren Angestellten Italiens umgehend verlassen. Russland bedauert den Schritt und hofft dennoch auf den Erhalt positiver Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Wie die italienischen Behörden am Mittwoch mitteilten, seien am Dienstag ein Fregattenkapitän der italienischen Kriegsmarine und ein ranghoher russischer Armeeangehöriger im diplomatischen Dienst in Rom festgesetzt worden. Den beiden würden "schwere Verbrechen im Zusammenhang mit Spionage und der Staatssicherheit" zur Last gelegt, hieß es.

Die beiden Männer sollen am Dienstagabend nahe Rom von Spezialeinheiten der Carabinieri festgenommen worden sein, nachdem der Russe, bei dem es sich um einen mutmaßlichen Mitarbeiter des Militärattachés an der russischen Botschaft in Rom handelt, dem italienischen Marineoffizier im Austausch gegen streng geheime Dokumente einen Umschlag mit Bargeld übergeben haben soll. Den italienischen Medien zufolge habe es sich um 5000 Euro gehandelt. "Zu den streng geheimen Dokumenten", die der Fregattenkapitän dem russischen Offizier im diplomatischen Dienst übergab, sollen auch NATO-Unterlagen gehört haben. Das italienische Außenministerium teilte mit, der russische Botschafter Sergei Rasow sei am Mittwochmorgen einbestellt worden. Ihm sei mitgeteilt worden, dass der vorübergehend festgesetzte Mitarbeiter des Militärattachés sowie ein anderer Botschaftsangehöriger, der ebenfalls in den Spionagefall verwickelt sein soll, aufgrund dieses "außerordentlich schweren Zwischenfalles" das Land unverzüglich zu verlassen hätten.

Das Außenministerium in Moskau bedauerte die Ausweisung der beiden Mitarbeiter. "Über mögliche Schritte im Zusammenhang mit dieser Aktion, die nicht dem Niveau der bilateralen Beziehungen entspricht, äußern wir uns zu einem späteren Zeitpunkt im Einzelnen", teilte das Ministerium am Mittwoch mit. Moskau pflegt auf die Ausweisung russischer Diplomaten mit der Ausweisung der gleichen Zahl von Diplomaten des betreffenden Landes zu reagieren.

Am Mittwoch bestätigte die russische Botschaft in Italien, dass ein Mitarbeiter des Büros des Militärattachés in Roma festgesetzt worden war, und fügte hinzu, dass die Umstände des Vorfalls untersucht würden. Der Kreml sei sich derzeit nicht über Details der Festsetzung des Büroangestellten des russischen Militärattachés im Klaren, hoffe aber auf den Erhalt positiver Beziehungen zu Italien, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch zu Journalisten.

"Wir hatten zuvor Fälle von gegenseitiger Ausweisung russischer und westlicher Diplomaten, aber dies hat keinerlei Auswirkungen auf die russisch-italienischen Kontakte", sagte Tatiana

Sonowa, Professorin an der MGIMO-Universität. Spionageskandale kommen – nicht nur in Bezug auf Russland – in Italien häufig vor. Aufgrund ihrer geografischen Lage befindet sich die Republik "an der Schnittstelle aller Geheimdienste" und dient als südliches Zentrum der NATO. Italien ist zur Hochburg des Bündnisses im Mittelmeerraum geworden, hieß es auf TASS. Elena Maslowa, leitende Forscherin bei MGIMO, stellte jedoch fest, dass die neue Regierung von Premierminister Mario Draghi eine eher euroatlantische Position innehat und seine Reaktion härter ausfallen könnte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6065cfd2b480cc4c8a524a5a.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **Lawrow: Russland wird nie aus politischem Kalkül "EU-Bürger erfrieren lassen"**

Russland werde Öl- und Gaslieferungen nach Europa nie als Instrument des politischen Drucks nutzen, erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Er betonte jedoch, Moskau werde auf feindliche Aktivitäten stets mit Gegenmaßnahmen antworten.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow antwortete im russischen Fernsehen auf die Frage, ob Russland Öl- und Gaslieferungen nach Europa als eine Antwort auf den Druck seitens der EU politisch instrumentalisieren könnte:

"Wir werden dies niemals tun, das ist eine prinzipielle Position, egal, was passiert. Wir werden keine Energieressourcen, unsere Öl- und Gasrouten nach Europa ausnutzen."

Auf die klärende Frage, ob solche Schritte seitens Moskaus für den Fall möglich sind, dass russische Banken aus dem SWIFT-System verbannt werden, antwortete der Minister erneut: "Wir werden dies nicht tun."

"Dies ist die prinzipielle Position des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Wir werden nie in eine Situation geraten, in der wir die Bürger der Europäischen Union 'erfrieren lassen' müssen. Wir werden das niemals tun. Wir sind nicht das Kiewer Regime, das den Kanal blockiert hat, der die Krim mit Wasser versorgt, und sich dann darüber freut. Dies ist eine beschämende Position auf der internationalen politischen Bühne."

Der russische Außenminister versprach dennoch, dass Moskau auf alle feindlichen Aktivitäten mit Gegenmaßnahmen antworten werde, auch wenn diese Gegenmaßnahmen "nicht unbedingt symmetrisch" seien.

Das russische Gasunternehmen Gazprom arbeitet derzeit allein an der Pipeline Nord Stream 2, da sich der Schweizer Auftragnehmer Allseas aufgrund der US-Sanktionen aus dem Projekt zurückgezogen hat. Washington ist der Ansicht, dass die Pipeline für Europa gefährlich sei, weil sie die Abhängigkeit von russischem Gas bedeute.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 1. April 2021 wurde eine Verletzung

des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

20:00 Uhr Nowotoschkowskoje – **Golubowskoje**: automatische Granatwerfer (10 Schüsse). Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

de.rt.com: **Nasrallah: Biden will Entstehung einer Allianz zwischen Russland, China und Iran blockieren**

Der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah kritisierte in einer viel beachteten Rede den von Saudi-Arabien angeführten Krieg im Jemen und die Nahost-Politik der US-Regierung mit Israel im Zentrum. Die signalisierte Gesprächsbereitschaft Washingtons im Atomstreit mit Iran sei taktischer Natur.

Der Generalsekretär der Hisbollah, Hassan Nasrallah, hat am Mittwoch in einer Rede betont, dass der jüngste saudische Vorschlag, ein Waffenstillstandsabkommen mit Ansarullah (Huthi) zu erzielen, eine bloße Täuschung sei, meldet Almanar.

"Ich rate den saudischen Königen, keine Zeit zu verlieren, um den Krieg im Jemen einzustellen, die Blockade aufzuheben und den jemenitischen Parteien zu erlauben, zu verhandeln."

Nasrallah sagte zudem, dass der Konflikt im Jemen im Gegensatz zu dem, was Saudi-Arabien zu Beginn des Feldzuges darstellte, nicht mit einem religiösen Streit zwischen Schiiten und Sunniten zusammengehangen habe. "Der Krieg wird eher von den Zielen der Vereinigten Staaten und ihren Plänen für die Region geleitet", erklärte er weiter.

Der Hisbollah-Chef ging auch auf die Politik der neuen US-Regierung gegenüber Iran ein und sagte, die USA griffen im Umgang mit Iran auf Diplomatie zurück, da ihnen die "Macht der Islamischen Republik in der Region" nun bewusst sei. Iran würde jedoch keine Zugeständnisse machen, genauso wenig wie er es inmitten der Kampagne des maximalen Druckes gegen das Land und Trumps Kriegsrhetorik gemacht habe.

Nasrallah zufolge will Bidens Regierung erneut über das iranische Atomprogramm debattieren, um die Entstehung einer Koalition zwischen der Islamischen Republik, China und Russland zu blockieren. Nasrallah betonte in Bezug auf das jüngste Kooperationsabkommen zwischen Iran und China, dass Teheran an der Schwelle stehe, die "Ära der Blockade und der Sanktionen" zu überstehen. Er unterstrich, dass die Fokussierung Washingtons nicht mehr auf dem Nahen Osten liegen dürfe, mit Israel als regionalen Hegemon und tragender Säule der US-Politik.

Die militärische Arm der Hisbollah gilt in der EU als Terrororganisation. Die Bundesregierung möchte aber auf Drängen der USA und Israels die gesamte Organisation auf die Terrorliste setzen. Die "Partei Gottes" ist im Libanon an der Regierung beteiligt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6065955c48fbef7fa75efcd3.JPG>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 1. April 3:00 Uhr bis 2. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm – einmal (20 Mörsergeschosse); Antipanzergrenatwerfer – einmal (6 Granaten).

Richtung Mariupol: Mörser 120mm – einmal (8 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgender Bezirke: **Alexndrowka, Shabunki, Saitschnko.**

Um 19:10 Uhr wurden zwei Detonationen im Gebiet von Peski festgestellt.

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurde beim Beschuss der BFU auf Alexandrowka ein Wohnhaus in der Gorkij-Straße 58 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 34.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde 1 Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Kreml: Verlegung russischer Truppen in Russland sollte andere Staaten nicht kümmern

Die Verlegung russischer Truppen auf russischem Territorium solle andere Staaten nicht kümmern, weil dies keine Bedrohung für sie darstellt, erklärte der Kremlsprecher Dmitri Peskow. Er betonte, die NATO-Streitkräfte seien dagegen entlang der russischen Grenzen aktiv.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow kommentierte am Donnerstag die Aussage des ukrainischen Militärs über Russlands Steigerung der militärischen Präsenz entlang der Grenze zur Ukraine. Er sagte, dass die Verlegung der russischen Truppen auf dem russischen Territorium andere Staaten nicht kümmern solle, weil dies keine Bedrohung für sie darstelle.

"Die Russische Föderation verlegt ihre Truppen nach eigenem Ermessen. Dies sollte niemanden kümmern, dies stellt keine Bedrohung für jemanden dar."

Peskow betonte, Russland treffe alle erforderlichen Maßnahmen, um die Sicherheit seiner Grenzen zu gewährleisten. Er verwies auch darauf, dass jedoch "entlang der russischen Grenzen die Truppen der NATO-Staaten, anderer Organisationen und einzelner Länder verstärkt aktiv werden". Das alles verpflichte Moskau, auf der Hut zu sein, so der Kremlsprecher. Medienberichten zufolge hätte die russische Armee in den vergangenen Tagen vor allem den Südlichen und den Westlichen Militärdistrikt mit einer Vielzahl von verschiedenen Waffensystemen verstärkt.

Zudem erklärte Peskow, dass sich Russland an dem bewaffneten Konflikt in der Ostukraine nicht beteilige.

"Was die Beteiligung russischer Truppen am bewaffneten Konflikt auf dem ukrainischen Territorium betrifft, so haben sich die russischen Truppen nie daran beteiligt und beteiligen sich auch jetzt nicht daran."

Der Kremlsprecher wies darauf hin, dass es sich um einen "innerukrainischen Konflikt" handle.

"Und wir, die europäischen Länder und alle Staaten weltweit wollen nicht, dass der Bürgerkrieg in der Ukraine aufgrund von Provokationen und provokativen Schritten des

ukrainischen Militärs wieder aufflammt."

In den vergangenen Wochen hat sich die Situation im Osten der Ukraine erneut zugespitzt, nachdem die Kämpfe an Intensität wieder zugenommen haben. Der ukrainische Generalstabschef Ruslan Chomtschak bestätigte erst jüngst in einem Interview, dass seine Streitkräfte für eine mögliche Offensive im Donbass gut vorbereitet seien.



<https://cdn.rttomedia.com/deutsch/images/2021.04/article/6065c5a4b480cc4cb73bccee.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. April um 9:00 Uhr 3754 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 3097 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 325 Todesfälle.

snanews.de: Gamaleja-Institut kann „Sputnik V“ je nach Virus-Stamm im Laufe von zwei Tagen anpassen

Das russische Gamaleja-Forschungszentrum für Epidemiologie und Mikrobiologie hat laut seinem Chef Alexander Ginzburg eine Methode entwickelt, die eine Anpassung des Corona-Impfstoffs an neue Virus-Stämme ermöglicht.

„Es ist die gleiche auf adenoviralen Vektoren basierende Technologie, wo an sage und schreibe einem Tag nach der Sequenz des Spike-Proteins eine neue Sequenz mit einer veränderten Primärstruktur synthetisiert wird. Am nächsten Tag wird sie bereits in den verwendeten Vektor eingebaut und man hat praktisch eine gentechnische Konstruktion zur Verfügung, die als Impfstoffpräparat verwendet werden kann“, erklärte er.

Nun werde die Frage diskutiert, ob es in diesem Fall notwendig wäre, wieder alle Testphasen eines neuen Impfstoffs zu durchlaufen. In der weltweiten Praxis gebe es Beispiele, bei denen ein Medikament anhand einer begrenzten Stichprobe von bis zu hundert Personen getestet worden sei, sagte der Wissenschaftler.

„Wenn es (das Präparat) die gleiche angemessene Schutzwirkung gegen einen neuen Virus-Stamm aufweist, so kann es sofort in die Massenproduktion gehen. Hoffentlich werden in der nächsten Zukunft auch in unserem Land ähnliche Klauseln verabschiedet“, sagte Ginzburg. Das Gamaleja-Forschungsinstitut für Epidemiologie und Mikrobiologie hat mit Unterstützung des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) den Corona-Impfstoff „Sputnik V“ entwickelt, der im August 2020 vom russischen Gesundheitsministerium registriert wurde. Das Medikament wurde auf der Grundlage der untersuchten Plattform von humanen Adenovirus-Vektoren hergestellt. Nachregistrierungsstudien sind aktuell im Gange.

Außerdem wurden zwei weitere Vakzine gegen Covid-19 angemeldet: der Impfstoff „Epivaccorona“, der vom staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie

„Vektor“ entwickelt worden war, und das Vakzin „Covivac“ von dem Föderalen wissenschaftlichen Zentrum für Forschung und Entwicklung von immunbiologischen Präparaten, das der Russische Akademie der Wissenschaften angehört.

Virusvarianten von Covid-19

Mitte Dezember wurde in Großbritannien eine neue Mutation von SARS-CoV-2, VUI-202012/01, entdeckt. Später wurde bekannt, dass sie sich um 70 Prozent (nach anderen Schätzungen um 56 Prozent) schneller ausbreitet als die ursprüngliche Virusvariante. Darüber hinaus wurde in Südafrika die neue Mutation 501.V2 festgestellt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bestätigte, dass die südafrikanische Virusvariante ansteckender ist. Außerdem wurden neue Mutationen von SARS-CoV-2 auch in Brasilien, Indien und einigen anderen Ländern ermittelt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/12/1352228_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_c2d71c82883cf14e899e62b293f2ba6d.jpg

Mzdnr.ru: Am 1. April wurden in der DVR 424 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 132 positiv, bei 13 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 1. April um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 29.373 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5940 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 21.176 als gesund entlassen, es gibt 2257 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 89 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert. Davon wurden 65 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 964 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 491 mit Sauerstoffunterstützung (+17 in den letzten 24 Stunden).

Im Ergebnis von 34 Expressstests wurden 12 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 602 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

de.rt.com: Großbritannien: 30 Thrombosefälle nach Impfungen mit AstraZeneca

Nach der Verabreichung des COVID-19-Impfstoffs von AstraZeneca wurden in Großbritannien 30 Fälle seltener Blutgerinnsel festgestellt, so die britische Arzneimittelbehörde. Dies sind 25 mehr als zuvor gemeldet. Dennoch pocht die Behörde auf die Vorteile der Impfung.

Die britische Regulierungsbehörde für Arzneimittel und Gesundheitsprodukte hat 30 Thrombose-Befunde nach der Anwendung von AstraZeneca im Land geprüft. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden am Donnerstag auf der Webseite der Behörde veröffentlicht: "Im Rahmen unserer Überprüfung wurde eine detaillierte Analyse von 30 Berichten über

Blutgerinnsel mit einer niedrigen Thrombozytenzahl durchgeführt, die wir bis einschließlich dem 24. März erhalten haben."

Aus dem Bericht geht hervor, dass bis zum 24. März 18,1 Millionen Dosen des AstraZeneca-Impfstoffs im Land verabreicht wurden. Unterdessen betonte die Aufsichtsbehörde, dass die Vorteile des Impfstoffs bei der Vorbeugung von COVID-19 ein mögliches Risiko von Blutgerinnseln bei Weitem überwiegen. In Bezug auf das Vakzin von Pfizer/BioNTech gab es keine ähnlichen Berichte von Blutgerinnseln.

Zuvor hatten einige andere Länder bereits vorsorglich die Verwendung des AstraZeneca-Impfstoffs aufgrund von Berichten über Blutgerinnsel ausgesetzt, kurz darauf nahmen die meisten den Einsatz des Medikaments jedoch wieder auf. Die Weltgesundheitsorganisation befürwortet dennoch die weitere Verwendung des Impfstoffs und unterstreicht, dass derzeit kein direkter Zusammenhang zwischen Impfungen und Blutgerinnseln bestehe. Die Europäische Arzneimittel-Agentur sieht ebenfalls keinen Grund, die Verwendung dieses Impfstoffs einzuschränken.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6066d858b480cc6b8d00ec84.JPG>

nachmittags:

deu.belta.by: **Anti-Nazi-Gesetz in erster Lesung genehmigt**

Die Abgeordneten des belarussischen Parlaments haben in der 5. Sitzung der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung das Gesetz „Über die Nichtzulassung der Rehabilitation von Nazismus“ in der ersten Lesung angenommen.

Dieses Anti-Nazi-Gesetz wurde in die Repräsentantenkammer vom Ministerrat eingebracht. Das Gesetz definiert die Begriffe „Naziverbrecher“, „Helfershelfer der Naziverbrecher“ und stellt fest, auf welche Weise in Belarus der Rehabilitation von Nazismus entgegenwirken soll. Das Innenministerium soll die entsprechenden Anstrengungen koordinieren.

Als Vorlage diente dem belarussischen Parlament das Modellgesetz der Parlamentarischen Versammlung der GUS „Über die Nichtzulassung der Rehabilitation von Nazismus, Heroisierung von Naziverbrechern und ihren Handlangern“.

„Wir sind Zeugen einer weltweit präzedenzlosen Neuschreibung der Geschichte“, sagte Lilija Ananitsch, Vizevorsitzende des Ständigen Ausschusses für Menschenrechte, nationale Beziehungen und Medien. „Jene Verbrechen, die das internationale Kriegsgericht vor Jahren eindeutig verurteilt hat, werden heute neu bewertet. Und es ist zu bedauern, dass der Nazismus heute wieder rehabilitiert wird und dass seine Ideen immer mehr Verbreitung finden. Belarus führt eine konsequente und unnachgiebige Politik zur Nichtzulassung von Nazismus durch und wehrt sich international gegen jede Verherrlichung von Nazi-

Verbrechen.“

Das Gesetz verbietet nicht nur die Heroisierung von Nazismus, sondern jede Finanzierung entsprechender Aktivitäten. Dieses Verbot erstreckt sich auf belarussische und ausländische Organisationen, die sich um die Verherrlichung von Nazi-Ideen bemühen, auch via Internet. „Wir dürfen diese Prozesse nicht unterschätzen“, sagte Ananitsch. „Sie wirken nachteilig. Das sehen wir am Beispiel anderer Staaten, wo immer wieder versucht wird, der Gesellschaft eine neue Interpretation von Naziverbrechen aufzuzwingen und die Gräueltaten zu rechtfertigen.“ Darüber hinaus definiert das Anti-Nazi-Gesetz die wichtigsten Strategien zur Prävention solcher Rehabilitationsversuche. Es werden Kontrollen über entsprechende Aktivitäten und Gegenmaßnahme verschärft. Die Strafen reichen von offiziellen Verwarnungen und Mahnungen bis hin zum Verbot und Auflösung extremistischer Organisationen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1617358544_56725_big.jpg

de.rt.com: **Ausschreitungen in Georgien wegen eines russischen Journalisten – Kreml warnt vor Reisen in das Land**

Der legendäre russische Fernsehmoderator Wladimir Posner wollte in der georgischen Hauptstadt Tiflis seinen 87. Geburtstag feiern. Doch radikale Protestler haben seinen Urlaub verhindert. Grund dafür waren die Äußerungen des Journalisten zum georgisch-abchasischen Konflikt.

Der bekannte russische Fernsehmoderator, Filmemacher und Buchautor Wladimir Posner wollte in Georgien seinen 87. Geburtstag feiern – bereits zum dritten Mal in diesem Land. Mit einem Gefolge von 50 Personen – Freunden aus Medienbranche und Showbusiness – kam er am 31. März in der georgischen Hauptstadt Tiflis an. Wie er später sagte, wollten die Reisenden dort bis zum 3. April bleiben.

Doch eine Gruppe radikaler "Aktivisten" machte ihnen einen Strich durch die Rechnung. Mehrere Dutzend Demonstranten umzingelten das Hotelgebäude, in dem das Bankett stattfand. Sie störten die Veranstaltung und meldeten den Aufsichtsbehörden, dass Posner und seine Gäste angeblich gegen die in Tiflis geltenden Corona-Beschränkungen verstoßen hätten. Posner und seine Gäste verließen den Ort und zogen sich in ihr Hotel zurück, die Demonstranten folgten ihnen. Laut Sputnik Georgien versuchten die Demonstranten, die Polizeiabspernung zu durchbrechen, und bewarfen das Gebäude mit Eiern. Am nächsten Morgen brachen Posner und die Mitreisenden ihren Urlaub ab und verließen das Land. Für den Transfer zum Flughafen wurde massiver Polizeischutz benötigt, denn die Protestler hielten auch dort Wache. Es kam mehrmals zum Handgemenge zwischen "Aktivisten" und Polizeikräften.

Der wahre Grund für die Proteste waren allerdings nicht die Corona-Regeln, sondern frühere Äußerungen des Fernsehmoderators, dass die Einwohner der Autonomen Republik Abchasien auch zu Sowjetzeit nicht gerne Teil Georgiens gewesen seien. Russland hat die abtrünnige georgische Teilrepublik Abchasien nach dem Angriff Georgiens auf Südossetien als Staat anerkannt. Georgien wirft Russland die Besetzung seiner Gebiete vor, die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Staaten sind seit Jahren abgebrochen.

Die georgische Regierung teilte mit, dass Posner und seine Gäste gegen keine georgischen Gesetze verstoßen hatten. Der Russland-Beauftragte der Regierung bedauerte den Vorfall und betonte, dass er das internationale Image seines Landes als Ziel für zahlreiche Touristen schädige.

Kremlsprecher Dmitri Peskow verurteilte die Angriffe auf russische Staatsbürger scharf und warnte vor Reisen ins Land. "Es ist einfach gefährlich, dorthin zu fahren. Die russischen Bürger sollten das klar verstehen", sagte er.

Einer der Mitreisenden, der bekannte russische Musikproduzent Wiktor Dribysch, sagte RT, dass die Gäste sehr überrascht von der erlebten Aggressivität waren. "Wir haben für die Feier das Land gewählt, das jeder liebt und wo es viele Freunde gibt, also war niemand auf eine so aggressive Haltung vorbereitet", sagte er.

"Die Ereignisse rund um Posners Reise nach Tiflis zeigen einmal mehr, in welcher tiefer Krise sich Georgien befindet. Der Radikalismus bestimmt heute weitgehend seine Innenpolitik, und er wird sicher zu nichts Gutem führen", kommentierte Duma-Sprecher Wladimir Wolodin den Vorfall auf seinem Telegram-Kanal.

Er erinnerte an die Ereignisse von 2019, als während der Interparlamentarischen Versammlung in Tiflis spontane Proteste gegen ihren Leiter Sergei Gawrilow ausgebrochen waren. Diese eskalierten daraufhin zu regierungsfeindlichen Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei, die russische Delegation musste das Land vorzeitig verlassen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/6065f5e7b480cc77001dd0e2.jpg>

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR
Trotz der erreichten Vereinbarungen und dem andauernden Verhandlungsprozesses zur Regelung des Konflikts im Donbass, verletzt die ukrainische Seite grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung.

Ein weiteres Mal demonstriert das ukrainische Kommando offene Versuche, die Lage zu destabilisieren. Um die Verteidiger der Republik zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu provozieren, führen die Kämpfer der BFU regelmäßig provokativen Beschuss durch, um dann die Republik im Informationsraum zu beschuldigen.

Wir merken an, dass seit Beginn des heutigen Tages aus Richtung der Positionen der 58. Brigade fünfmal die Mörserfeuer auf das Gebiet von **Spartak und den nördlichen Rand**

von Donezk eröffnet wurde, dabei wurden 39 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Nach Informationen von unseren Quellen wurde das Feuer durch zwei mobile Mörsermannschaften geführt, die sich ständig entlang der Kontaktlinie zwischen Awdejewka und Perwomajskoje bewegen.

Es ist festzustellen, dass die „nomadisierenden“ Mörsermannschaften keine klaren Zielanweisungen hatten und Schläge in Richtung von Wohngebieten der Republik durchführten und so Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung gefährdeten.

Nach uns vorliegenden Informationen sind von den Positionen des 15. und 16. Bataillons der 58. Brigade Berichte und Beschwerden an einen Kommandopunkt gingen, dass bei einem solchen ungeordneten Feuer kurzfliegende Geschosse die Gefahr herbeiführen, dass eigene Objekte getroffen werden. Infolge einer ihrer Beschießungen wurde ein Brand in der Nähe der Positionen der BFU im Gebiet von Awdejewka festgestellt.

In diesem Zusammenhang wenden wir uns an die Bürger, die auf dem zeitweilig von den BFU kontrollierten Territorium leben, im Fall der Entdeckung mobiler Mörsermannschaften, die aus Ortschaften und in der Nähe Ihrer Häuser schießen, haben Sie keine Angst, sich an Mitarbeiter der OSZE-Mission und an die Medien zu wenden. Nur durch solche Aktivität gewährleisten Sie die Sicherheit Ihres Lebens, Ihrer Kinder und Ihres Besitzes gegen die Verbrechen, die von ukrainischen Kämpfern gegen die friedlichen Bevölkerung des Donbass begangen werden.

Unsererseits wurden die Verstöße operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

deu.belta.by: **Belarus hat Interesse an neuen Integrationsprojekten mit Russland**

Regionale Zusammenarbeit und potentielle Integrationsprojekte in der Industrie spielen eine erstrangige Rolle bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Unionsstaat Belarus–Russland. Diese Meinung äußerte der stellvertretende Leiter der Verwaltung des belarussischen Präsidenten Dmitri Krutoi vor Journalisten nach einem feierlichen Empfang zum Tag der Einheit der Völker von Belarus und Russland.

„25 Jahre sind eine Zäsur. Ein geeigneter Zeitpunkt für Bilanzen und Ausblicke. Die grundlegenden Ziele, die unsere Präsidenten bei der Unterzeichnung wichtiger Verträge im Unionsstaat setzten, werden erfolgreich umgesetzt. Eine tiefe Integration ist im Gange. Überall die Jahre versuchen wir, diesen Prozess in Zahlen oder Fakten festzuhalten, um zu verstehen, welches Niveau wir gerade erreicht haben“, sagte Dmitri Krutoi.

Die wirtschaftliche Dimension der Zusammenarbeit mit Russland zeichne sich durch mehrere Faktoren aus. „In erster Linie ist das der Außenhandel: Der Handelsumsatz ist in den letzten 25 Jahren von \$5 Mrd. auf \$30 Mrd. um das 6-fache gestiegen. Das ist eine gute Zahl. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung im Vorjahr etwas verlangsamt. Aber diese Verlangsamung ist in der Kooperation mit Russland am geringsten“, sagte er.

Zweitens seien es die Investitionen. Russland gelte als Hauptinvestor in die belarussische Wirtschaft. Rund 2,4 Tsd. Unternehmen mit russischem Kapital seien auf dem belarussischen Markt tätig. Ihre Zahl habe in den letzten 25 Jahren stark zugenommen. Der Grund dafür seien die komfortablen Bedingungen. „Wir sprechen eine Sprache, unsere Gesetzgebungen sind ähnlich, wir bieten gleiche Rahmenbedingungen für Investitionstätigkeit an“, so Krutoi.

„Der Markt des Unionsstaates funktioniert oft nicht reibungslos. Aber Probleme und Hindernisse, die ab und zu den bilateralen Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen belasten, sind nicht kritisch. Sie hindern uns nicht beim Ziel, einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu gestalten. Denn diese Zielvorgabe ist im Gründungsvertrag des Unionsstaates definiert. In Russland funktionieren mehr als 30 gemeinsame Montagewerke.

Es gibt Megaprojekte wie die gemeinsame Weltraumforschung oder den AKW-Bau in Belarus. Wir suchen ständig nach neuen Kooperationsmöglichkeiten, die wir unseren russischen Partnern anbieten können“, sagte Dmitri Krutoi.

Die dritte Dimension sei die interregionale Zusammenarbeit: das Forum der Regionen, direkte Verhältnisse auf der Ebene der Städte und ganzer Gebiete. „Die regionale Dimension ist ein Faden, der uns am stärksten verbindet. Es gibt nichts im Unionsstaat Belarus-Russland, was mehr Bestand hätte als die interregionalen Kontakte“, fasste Krutoi zusammen.

Zum Tag der Einheit der Völker von Belarus und Russland findet im Palast der Republik in Minsk eine Feierstunde statt. An der Veranstaltung nehmen Leiter aus Staatsverwaltung, Vertreter des Ständigen Komitees des Unionsstaates und seiner Vertretung in Minsk, Personen des öffentlichen Lebens und Journalisten teil. Eine Videokonferenz verbindet Studios in Minsk und Moskau.

Das Programm umfasst Podiumsdiskussionen und Expertengespräche.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000020_1617362572_56726_big.jpg

Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR am 2. April 2021

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung eines Regimes der Feuereinstellung und destabilisiert so die Lage an der Kontaktlinie.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **vier Feuerprovokationen** begangen.

In Richtung Debalzewo haben Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen in Swetlodarsk aus **Losowoje** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In Richtung Slawjanoserbsk haben Kämpfer des 1. mechanisierten Bataillons der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojtschenko von den Positionen in der Nähe von Nowotoschkowskoje **Golubowskoje** mit automatischen Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

In Richtung Popasnaja haben Kämpfer der 92. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Fedossenkos **Solotoje-5** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen. Wir merken an, dass am 25. März durch Feuer des Gegners auf Solotoje-5 fünf Objekte der zivilen Infrastruktur, darunter ein Schulgebäude, beschädigt wurden.

Zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung der Republik waren unsere Verteidiger gezwungen, das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf die Positionen des Gegners, von denen aus geschossen wurde, zu eröffnen. Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, ein Soldat der Volksmiliz bei der Verteidigung der Republik gegen die ukrainische Aggression tödlich verletzt wurde. Wir bringen den Verwandten und

Freunde des gefallenen Verteidigers der Republik unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck. Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksrepublik in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Führung der OSZE auf, diesen weiteren Fall von grober Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainische Seite zu registrieren.

snews.de: **Nawalnys Stiftung meldet Untersuchung wegen Extremismus-Verdacht**

Die Anti-Korruptions-Stiftung des in einem Straflager inhaftierten oppositionellen russischen Bloggers Alexej Nawalny sieht sich laut Iwan Schdanow, leitender Mitarbeiter der Organisation, neuen Ermittlungen der Behörden ausgesetzt.

„Man ist zu einer Untersuchung zu uns gekommen. Dies kann in der Tat eine interessante Untersuchung sein“, sagte Schdanow in einem YouTube-Video in der Nacht zum Freitag. Dabei gehe es um den Verdacht extremistischer Aktivitäten.

„Es ist offensichtlich, dass sie etwas vorbereiten. Das ist wieder so eine Gemeinheit.“ Schdanow soll angeblich die Kopie eines Schreibens der Moskauer Staatsanwaltschaft gezeigt haben, dass sie nun ermittele. Grund seien „Informationen über Verstöße“.

In dem Dokument wird insbesondere festgehalten, dass „der Gegenstand der Untersuchung die Umsetzung der Rechtsvorschriften über gemeinnützige Organisationen und die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten“ sei.

Bislang gebe es keine offizielle Bestätigung dieser Informationen.

Die im Jahr 2011 von Nawalny gegründete Organisation kämpft nach eigenen Angaben gegen Korruption und hat immer wieder Enthüllungen öffentlich gemacht. In der Vergangenheit gab es immer wieder in den verschiedenen Büros der Organisation Durchsuchungen und Beschlagnahmungen von Computern. ...



https://cdn.snews.de/img/07e5/02/14/991911_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_7cdc2daa98dc04eceddd50e45a3137cc.jpg

snews.de: **Im Fall einer Eskalation: Washington sichert Kiew Unterstützung zu – Kreml reagiert**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hat zu der jüngsten Mitteilung des ukrainischen Verteidigungsministeriums Stellung genommen. In der Mitteilung betonte Kiew unter Berufung auf den US-Verteidigungsminister, dass im Falle einer „eskalierenden russischen Aggression“ Washington die Ukraine „nicht alleine lassen“ wird.

Kiews Aussagen, wonach das US-Militär auf ukrainischem Territorium erscheinen könnte, seien inakzeptabel und unangemessen, sagte Peskow gegenüber Journalisten. „Eine solche Darstellung, Russland sei ein Feind, ist aus unserer Sicht inakzeptabel. Russland bedroht

niemanden und hat es auch nie getan“, betonte der Kremlsprecher. Sollte das US-Militär jedoch tatsächlich auf ukrainischem Territorium erscheinen, so Peskow, werde Russland „alle notwendigen“ Sicherheitsmaßnahmen treffen.

„Eine solche Entwicklung (das Erscheinen von US-Militär in der Ukraine – Anm. d. Red.) würde zweifellos zu einer weiteren Zunahme der Spannungen in der Nähe der russischen Grenzen führen. Dies wird natürlich zusätzliche Maßnahmen der russischen Seite erfordern, um die Sicherheit zu gewährleisten“, so Peskow gegenüber den Journalisten.

Zuvor hatte das US-Außenministerium Russland „destabilisierende Handlungen“ in der Ukraine vorgeworfen. Sollte sich die Lage im Donbass zuspitzen, werde Washington Kiew Unterstützung leisten, teilte das ukrainische Verteidigungsministerium unter Berufung auf den US-Verteidigungsminister, Lloyd Austin, mit.

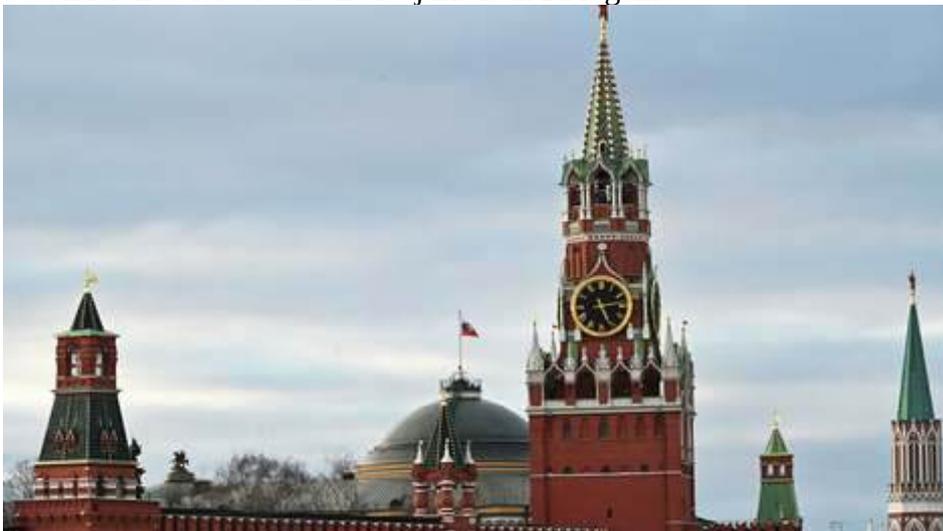
Das russische Außenministerium betonte wiederum, Russland sei an einem Konflikt mit der Ukraine, vor allem an einem militärischen Konflikt, nicht interessiert. Moskau hofft laut dem stellvertretenden Außenminister, Andrei Rudenko, dass die Ukraine „Besonnenheit zeigt und keine Schritte unternimmt, die einen Konflikt provozieren könnten“.

Putin, Merkel und Macron besprechen Situation in der Ukraine

Russland könne keinen umfassenden Waffenstillstand im Donbass gewährleisten, weil es am Konflikt nicht beteiligt sei, sagte Peskow.

„Russland kann nur daran arbeiten, dass die zuvor erzielten Vereinbarungen eingehalten werden.“

In der vergangenen Woche hatten Russlands Präsident Wladimir Putin, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatschef Emmanuel Macron Verhandlungen im Format einer Videokonferenz geführt. Sie haben unter anderem über die Lage in der Ukraine gesprochen und bestätigt, dass die Regelung auf dem Minsker „Maßnahmenkomplex“ von 2015, der keine Alternative hat, beruhen soll. Russlands Staatschef betonte, dass es für die Kiewer Behörden wichtig sei, einen direkten Dialog mit Donezk und Lugansk im Rahmen der zuvor erzielten Vereinbarungen aufzunehmen und den besonderen Status des Donbass juristisch zu regeln.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/47645_0:159:3079:1890_1440x0_80_0_0_10ca793eb48cec534a3bd6ff1ebdea24.jpg

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 27. März bis 2. April 2021

Die ukrainische Seite verletzt weiter grob ihre Verpflichtungen zur Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung und verletzt den zweiten Punkt der Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle des Waffenstillstands, indem sie Feuerprovokationen begeht.

In den letzten 24 Stunden:

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko **Alexandrowka** mit Antipanzergrenatwerfern beschossen und sechs Geschosse abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde das Dach des privaten Wohnhauses in der Gorkij-Straße 58. beschädigt.

Außerdem haben Kämpfer des 15. Bataillons der 58. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers und Brigadekommandeurs Kaschtschenko von den Positionen im Gebiet von Peski aus **Shabunki** mit Mörsern beschossen und 20 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Außerdem haben unsere Beobachter auf den Positionen des 15. Bataillons der 58. Brigade die **Durchführung technischer Arbeiten** festgestellt sowie zwei Detonationen in der Nähe von Peski.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers und Brigadekommandeurs Gnatow unter Einsatz von 120mm-Mörsern von den Positionen im Gebiet von Gnutowo aus das Feuer auf **Saitschenko** eröffnet und acht Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde aus Richtung der Positionen der 58. Brigade **fünfmal das Mörserfeuer auf Spartak und den nördlichen Rand von Donezk eröffnet**, dabei wurden 39 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Nach Informationen von unseren Quellen wurde das Feuer durch zwei mobile Mörsermannschaften geführt, die sich ständig entlang der Kontaktlinie zwischen Awdejewka und Perwomajskoje bewegen. ...

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer insgesamt **24-mal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueinstellung verletzt**. In Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen hat der Gegner Feuerprovokationen unter Einsatz von 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen durchgeführt.

Unter Beschuss von Seiten des Gegners befanden sich 17 Ortschaften der Republik: Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jakowlewka, Wesjoloje, Spartak, Wasiljewka, Shabunki, Krasnyj Partisan, Leninskoje, Oktjabrj, Besymennoje, Sachanka, Saitschenko, Alexandrowka, Mineralnoje, Donezk (Volvo-Zentrum).

In der letzten Woche wurden 51 Stück **Waffen und Militärtechnik der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ entdeckt, die in 14 Ortschaften stationiert sind**, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen ist:

Aus dem Bestand der 10. Gebirgssturmbrigade:

ein T-64-Panzer und acht Schützenpanzerwagen auf dem Territorium eines Industrieobjekts in Konstantinowka;

ein Schützenpanzer und zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet am westlichen Rand von Suchaja Balka;

ein Panzertransporter in einem Wohngebiet in der Filtrowalnaja-Straße in Karlowka;

drei T-64-Panzer und sieben Schützenpanzerwagen auf dem Territorium eines Industrieobjekts in Konstantinowka;

drei Haubitzen des Kalibers 122mm auf dem Territorium einer Gartenparzelle am westlichen Rand von Jablunowka.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

drei Abwehrraketekomplexe „Strela-20“ zwischen Wohnhäusern in der Kasberow-Straße in Berdytschi;

drei Panzer am südlichen Rand von Alexandropol.

Aus dem Bestand der 58. Panzergrenadierbrigade:

zwei Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ in einem Bergbauggebiet von Pokrowsk;
sechs Schützenpanzerwagen und ein Panzerschlepper in einem privaten Sektor in der Nabereshnaja-Straße in Opytnoje;

drei 122mm-Haubitzen in einem Wohngebiet in der Kalinowaja-Straße in Wischnewoje;

ein Schützenpanzerwagen in der Sotow-Straße in Persche Trawnja.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer zwischen Wohnhäusern in der Schewtschenko-Straße in Marjinka.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

ein Panzertransporter an einem Industrieobjekt am nordwestlichen Rand von Nowotroizkoje.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

drei Schützenpanzerwagen an einem Wohnhaus in der Wischnewaja-Straße in Pionerskoje;

ein Abwehrgeschütz auf dem Gebiet eines privaten Hauses in der Molodjoshnaja-Straße in Lebedinskoje.

Unsere Aufklärung bemerkt weiter Fälle der **Verminung von allgemeinen Straßen und landwirtschaftlichen Feldern durch die ukrainische Seite**, was Leben und Gesundheit der Bevölkerung gefährdet sowie die Arbeit der OSZE-Mission behindert, im Einzelnen:

Kämpfer aus der 10. Gebirgssturmbrigade haben elf Antipanzermine TM-62 quer über eine Autostraße, die nach Trawnewoje führt, installiert;

Kämpfer aus der 36. Marineinfanteriebrigade haben 90 Antipanzermine TM-62 auf einem Feld etwa 6 km südlich von Pischtschewik installiert;

Kämpfer der 59. Brigade haben zusätzlich drei Minenfelder in der Nähe von Ortschaften eingerichtet sowie landwirtschaftliche Felder vermint. Auf Befehl des Kriegsverbrechers Schapowalow wurden 26 Antipanzermine 800 Meter von Wohnhäusern im westlichen Teil von Trawnewoje installiert und acht Minen entlang einer Autostraße, die aus der Ortschaft heraus führt. Außerdem haben Kämpfer der 59. Brigade sechs Antipanzermine quer über beide Fahrbahnen einer Straße am westlichen Rand von Dolomitnoje installiert sowie 22 Antipanzermine quer über eine allgemeine Straße in der Nähe von Sajzewo auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Es wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 10., 53., 58. und 72. Brigade zu verhindern, aktiv Stationen zur Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand von mobilen Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung und einer Kompanie für elektronische Kriegsführung der 36. Brigade in den Gebieten von sechs Ortschaften – Granitnojw, Solowjow, Kalinowo, Stepanowka, Konstantinowka und Nikolajewka Wtoraja - eingesetzt werden.

Ein weiteres Mal wenden wir uns an die Vertreter der internationalen Organisationen mit der Bitte, auf die militärisch-politische Führung der Ukraine einzuwirken, damit die schweren Waffen in die Abzugsorte zurückgeführt werden und die Stationierung dieser Technik in der Nähe der Abgrenzungslinie verhindert wird und damit Verminungen an Rändern von Ortschaften, was das Leben der Zivilbevölkerung gefährdet, verhindert werden.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung **viermal eine weitere grobe Verletzung der Normen des humanitären Rechts durch ukrainische Truppen festgestellt, nämlich die Nutzung eines Lastwagens mit dem Emblem des GZKK durch das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zur Lieferung von Munition** für schwere Waffen auf die Positionen der Kämpfer. Außerdem ist die Nutzung dieser Fahrzeuge, die bei den OSZE-Beobachtern keinen Verdacht hervorrufen, **als Transportmittel für Diversions- und Erkundungsgruppen und Scharfschützengruppen** an die Frontpositionen der Kämpfer nicht ausgeschlossen, die sich so hinter humanitärer Unantastbarkeit verstecken. Unsere Aufrufe an die Führung der ukrainischen Seite im GZKK mit der Forderung nach Erklärungen wurden vollständig ignoriert. Um die rechtswidrige Nutzung von Spezialfahrzeugen mit dem

Emblem humanitärer Organisationen durch das ukrainische Militärkommando zu verhindern, wenden wir uns an die OSZE-Mission, diese Sachverhalte nicht unbeachtet zu lassen und auf die Verletzung der Genfer Konvention durch die ukrainische Seite zu reagieren.

In der letzten Woche wurde ein weiterer aufsehenerregender Vorfall im Zusammenhang damit, dass Personal der 10. Brigade im Gebiet von Schumy auf Minen geriet, wobei vier Kämpfer starben und zwei verletzt wurden, bemerkt. Um eine Ermittlung durchzuführen, ist das oberste Kommando der ukrainischen Streitkräfte in Gestalt des obersten Kommandeurs Chomtschak und des Leiters des Generalstabs Kornijtschuk vor Ort eingetroffen. Dieser Sachverhalt demonstrierte klar das Misstrauen der Führung gegenüber dem Kommando der OOS in der Frage einer objektiven Durchführung von Ermittlungen einer solchen Art und rechtzeitiger Berichte. Die Unfähigkeit der Kommandeure der Verbände, das Personal zu kontrollieren, zwingt den Präsidenten des Landes zu jedem aufsehenerregenden Fall führende Persönlichkeiten des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte zu entsenden, um die wahren Ursachen des Geschehens zu ermitteln und Maßnahmen zur Verhinderung solcher Fälle in der Zukunft zu ergreifen.

Ein **klares Beispiel der Desinformation, die von Seiten der ukrainischen Truppen an die Medien gegeben** wird, ist der **Bericht des obersten Kommandeurs der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak** über die Ergebnisse der Ermittlung zu diesem Vorfall. Bei einer Rede in der Obersten Rada erklärte er, dass die Toten eine Gruppe von Pionieren seien, die versuchten eine Minenräumung vor den ukrainischen Positionen durchzuführen und angeblich von einem Scharfschützen der Volksmiliz der DVR getötet wurden. Der Stab der OOS seinerseits erklärte, dass die Soldaten infolge von Mörserbeschuss starben. Diese Abweichungen bemerkten selbst die berüchtigten ukrainischen Medien, was die ukrainische Militärführung endgültig diskreditierte.

Gleichzeitig **wächst die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste in den ukrainischen bewaffneten Formationen** mit jedem Tag weiter, und die Umstände des Todes von Kämpfern werden sorgfältig vor deren Verwandten verheimlicht.

Nach uns vorliegenden Informationen betragen die nicht kampfbedingten Verluste in den Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ **im Zeitraum vom 27. März bis 2. April 13 Mann, davon sechs Tote.**

Am 26. März starben im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgssturmbrigade im Gebiet von Schumy in der Folge des Geratens auf eigene Minensperren vier Kämpfer und zwei wurden verletzt.

Am 28. März wurde der Kämpfer des 24. Bataillons „Ajdar“ der 53. Brigade, der Kommandeur einer Abteilung Feldwebel Kischenew unter Drogeneinfluss (Einnahme von Heroin) in das Militärhospital von Mariupol eingeliefert.

Am 29. März ereignete sich bei der Installation von Minensperren im Gebiet von Torezk die ungeplante Deontation einer Antipersonenmine PMN-2, dabei starb ein Kämpfer des 109. Bataillons der 10. Brigade, ein weiterer wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus eingeliefert.

Außerdem kippte im 15. Bataillon der 58. Brigade im Gebiet von Galizynowka bei der Betankung von Militärtechnik ein Treibstoffbehälter um, dabei erlitten zwei Kämpfer unterschiedlich schwere Verletzungen.

Am 30. März geriet bei der Beschaffung von Brennholz in einem Waldstück der Kämpfer des 16. Bataillons der Richtschütze Wojzchowskij auf eine Mine, die zuvor von Soldaten der 58. Brigade installiert worden war. Ihm musste daraufhin ein Bein amputiert werden.

Am 30. März beging der Soldat der 43. Artilleriebrigade Sajenko Selbstmord, indem er sich mit einer AK-74 in den Kopf schoss. Gegen seinen unmittelbaren Kommandeur wird eine Ermittlung durchgeführt, ob dieser seiner Funktion entspricht, und gegen Kameraden wurde ein Strafverfahren wegen Aufwiegelung mit Todesfolge eingeleitet.

Derartige nicht kampfbedingte Verluste befördern nicht eine Verbesserung des Images des

Dienstes in den ukrainischen Streitkräften bei Personen im Einberufungsalter. Wie bekannt ist, hat **seit dem 1. April in der Ukraine die Frühjahrseinberufung begonnen** und weil ein weiteres Scheitern der Kampagne befürchtet wird, haben die Militärkommandanturen frühzeitig Einberufungsbefehle an Einzuberufende geschickt. Aber nach den leeren Korridoren der Oblast- und Bezirksmilitärkommissariate zu urteilen, beeilt sich niemand, in einer der kampffähigsten Armeen Europas zu dienen. Da ihr die Perspektivlosigkeit von Überredungen und das Fehlen von Ergebnissen der erfolgten Propagandamaßnahmen für den Eintritt in den Dienst in den ukrainischen Streitkräfte klar ist, behandelt die Führung der Ukraine eine Reihe von Gesetzen, die die Folgen eines Entziehens von Armeedienst verschärfen.

So hat die Oberste Rada der Ukraine einen Gesetzentwurf über die Schaffung territorialer Zentren zur Komplettierung auf Basis der Militärkommissariate angenommen. Dieser Gesetzentwurf wird es erlauben, innerhalb von 24 Stunden Reservisten ohne Ausrufung einer Mobilisierung zum Dienst einzuberufen. Außerdem werden Mitarbeiter der Militärkommissariate auf gesetzlicher Grundlage Einzuberufende auf der Straße festnehmen können. Es ist anzumerken, dass diese „Frühjahrseinberufung“ verschärft werden wird und ukrainische Bürger ohne einen Militärausweis keine Arbeit werden finden können.

Am 30. März besuchte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin komplexe Übungen zur militärischen Ausbildung von Einheiten der Volksmiliz auf einem der Truppenübungsplätze. Während des Besuchs bewertete er die Organisation der Übungen zur militärischen Ausbildung und teilte mit, dass die Einheiten der Volksmiliz bei den Übungen ein hohes Niveau der Ausbildung gezeigt haben und falls erforderlich bereit sind, den Feind abzuwehren. Dort besuchte das Oberhaupt auch Ausbildungsplätze zur Ausbildung von Mannschaften der Luftabwehr, einen Beobachtungspunkt eines Bataillonskommandeurs und inspizierte die Ausbildung von Panzermannschaften. Entsprechend dem in Kraft getretenen Erlass des Oberhauptes der Donezker Volksrepublik vom 25. März 2021 Nr. 79 „Über die Einberufung der Bürger der Geburtsjahr 1994-2003 zum Militärdienst im April bis Juli 2021 wird eine Einberufung zum Militärdienst für Bürger der Republik der genannten Kategorie durchgeführt.

In die Reihen der Volksmiliz werden 200 Bürger der Republik im Alter von 18 bis 27 Jahren, die über hohe Kennziffern bei einer professionellen psychologischen Auswahl verfügen und von ihrem Gesundheitszustand geeignet sind, **für sechs Kalendermonate einberufen.**

Während der Wehrpflicht werden die Bürger der Republik mit allem Nötigen versorgt. Durch das Gesetz der Donezker Volksrepublik vom 13. Februar 2015 Nr. 08-IHC ist vorgesehen, dass zum Militärdienst Bürger, die entsprechend diesem Gesetz von der Ausübung der militärischen Verpflichtungen, der Einberufung zum Militärdienst befreit sind, Bürger die von der Einberufung zum Militärdienst zurückgestellt sowie Bürger, die nicht der Einberufung zum Militärdienst unterliegen, nicht einberufen werden.

Ich merke an, dass die Einberufenen den Dienst in Einheiten der Volksmiliz der DVR absolvieren werden, wo ihre Haupttätigkeit der Erhalt einer militärischen Fachausbildung, der notwendigen Kenntnisse und Fertigkeit, die es erlauben im Weiteren in den Dienst in den Reihen der militärischen Behörden und anderer staatlicher Organe der Republik einzutreten. Im Ergebnis von sechs Monaten werden die Einberufenen einen Militärausweis mit der Eintragung über die Ableistung des Militärdienstes in den Reihen der Volksmiliz der DVR erhalten, der die Erfüllung der militärischen Verpflichtung des Bürgers entsprechend der Verfassung der Donezker Volksrepublik bestätigen wird.

Gleichzeitig haben entsprechend einem Erlass des Oberhauptes der DVR in den Einheiten der Volksmiliz **Trainings von Parademannschaften anlässlich des 76. Jahrestags des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg und der Siegesparade begonnen.** Die Übungen werden unter Einhaltung prophylaktischer Maßnahmen durchgeführt, alle Teilnehmer der Parade sind

geimpft. Bei den Trainings werden Formationstechniken in der Bewegung geübt sowie die Organisation der Einheiten beim feierlichen Marsch.

snanews.de: **Moskauer Gericht verurteilt Twitter zu knapp 100.000 Euro**

Das soziale Netzwerk Twitter ist zu einer Geldstrafe von 8,9 Millionen Rubel (umgerechnet 99.200 Euro) wegen systematischer Verweigerung seiner Administration, rechtswidrige Inhalte zu löschen, verurteilt worden. Das geht aus einem entsprechenden Urteil des Tagansky Gerichts hervor.

Von der russischen Aufsichtsbehörde im Bereich der Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation Roskomnadsor gab es insgesamt drei Protokolle gegen Twitter wegen ähnlicher Verstöße, die vom Gericht behandelt wurden. In deren Rahmen wurden Strafen in der Höhe von 3,2 Millionen, 3,3 Millionen und 2,4 Millionen Rubel verhängt.

Die Zahlungsfrist beläuft sich auf 60 Tage ab dem Inkrafttreten der Entscheidung.

Am 10. März hatte Roskomnadsor beschlossen, die Geschwindigkeit von Twitter auf allen mobilen Geräten sowie auf der Hälfte der stationären Computer zu verlangsamen und mit einer Sperre gedroht. Die Entscheidung sei darauf zurückzuführen, dass der Dienst nicht Inhalte entfernen wolle, die Minderjährige zum Selbstmord anregen und Kinderpornografie sowie Informationen über den Konsum von Suchstoffen enthalten würden, hieß es.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/04/02/1541571_0:224:3071:1951_1440x0_80_0_0_d7a4989d50e69178820f0921c05f7601.jpg

mil-lnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osdatschij über die Lage an der Kontaktlinie vom 27. März bis 2. April 2021**

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie sowie über die Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt.

In Richtung Slawjanoswerbsk haben Kämpfer des 1. Bataillons der 14. Brigade von den Positionen in der Nähe von Nowotoschkskoje das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Golubowkoje** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner **vier Feuerprovokationen** begangen:

In Richtung Slawjanoswerbsk haben Kämpfer des 1. mechanisierten Bataillons der 14.

Brigade der ukrainischen Streitkräfte auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojtschenko von den Positionen in der Nähe von Nowotoschkowskoje **Golubowskoje** mit automatischen

Granatwerfern beschossen und 15 Granaten abgefeuert.

In **Richtung Debalzewo** haben Kämpfer der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte von den Positionen in Swetlodarsk aus **Losowoje** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Popasnaja** haben Kämpfer der 92. Brigade in Ausführung eines verbrecherischen Befehls Fedossenkos das Gebiet von **Solotoje-5** mit

Antipanzergranatwerfern beschossen. Wir merken an, dass am 25. März durch Feuer des Gegners auf Solotoje-5 fünf Objekte der zivilen Infrastruktur, darunter ein Schulgebäude, beschädigt wurden.

Zur Gewährleistung der Sicherheit der Zivilbevölkerung der Republik waren unsere Verteidiger gezwungen, das **Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf die Positionen des Gegners, von denen aus geschossen wurde, zu eröffnen.**

Die Verluste des Gegners werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, **ein Soldat der Volksmiliz bei der Verteidigung der Republik gegen die ukrainische Aggression tödlich verletzt** wurde. Wir bringen den Verwandten und Freunde des gefallenen Verteidigers der Republik unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck. Die Fälle von Verstoß wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen zu ergreifen und Beschuldigungen der Volksrepublik in Bezug auf Provokationen zu verhindern.

Wir rufen die internationalen Beobachter und die Führung der OSZE auf, diesen weiteren Fall von grober Verletzung des Waffenstillstands durch die ukrainische Seite zu registrieren.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 80. Brigade wurde die Stationierung von zwei Panzertransportern in der Nähe von Wohnhäusern in der Pestschanaja-Straße in Stschastje bemerkt, was vom Bericht der OSZE-Mission vom 1.4.21 bestätigt wird.

Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche zehnmal das Regime der Feuereinstellung in** Richtung Debalzewo, Popasnaja, Slawjanoserbsk **verletzt**, wobei die Ortschaften Losowoje, Solotoje-5, Frunse, Donezkij, Goluboskoje beschossen wurden. ...

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die **Stationierung von 11 Stück Technik in Wohngebieten von sechs Ortschaften** festgestellt.

Die nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen in der letzten Woche neun Mann, davon zwei Tote. ...

Die ukrainischen Kämpfer setzten die **ungeordnete Verminung von Örtlichkeiten** in den Gebieten von Popasnaja, Solotoje, Stschastje fort ...

Seit dem Inkrafttreten der Zusatzmaßnahmen zur Waffenstillstand (seit dem 27. Juli 2020) betragen die Verluste der Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ aufgrund von Geräten auf eigene Sprengeinrichtungen 267 Mann, davon 119 Tote. ...

de.rt.com: **Moskau: "USA verletzen Menschenrechtsverpflichtungen, indem sie Migranten unmenschlich behandeln"**

An der Grenze zwischen Mexiko und den USA bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an, erklärte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. Die Haftbedingungen illegaler Migranten könnten als Folter angesehen werden.

Die Behandlung von Migranten durch die USA in den provisorischen Gefangenenlagern entlang der Grenze zu Mexiko sei eine offensichtliche Verletzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen, erklärte die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa während einer Pressekonferenz am Donnerstag.

"Die Maßnahmen Washingtons in Bezug auf die Behandlung von Migranten in provisorischen Haftanstalten, insbesondere von Minderjährigen, können als eine offensichtliche Verletzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen bezeichnet werden."

Sacharowa fügte hinzu, die Migrationskrise an der Grenze zwischen Mexiko und den USA

erreiche das Ausmaß einer humanitären Katastrophe:

"Die Haftbedingungen illegaler Migranten können in vielerlei Hinsicht als Folter und unmenschliche Behandlung angesehen werden."

Zudem betonte die Sprecherin, die Situation erfordere eine Vermittlung durch den UN-Menschenrechtsausschuss und den UN-Ausschuss gegen Folter.

Unterdessen spitzt sich die Lage an Grenze weiter zu. Die Zahl der Migranten, die versuchen, aus Mexiko illegal in die USA einzureisen, ist in vergangenen Monaten deutlich angestiegen. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden erkennt die Situation an der Grenze zu Mexiko jedoch nicht als humanitäre Krise an.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/606726c2b480cc6af51840fa.jpg>

abends:

de.rt.com: **Kreml: NATO-Truppenverstärkung in der Ukraine zwingt Russland zu zusätzlichen Maßnahmen**

Eine Stationierung von US-Truppen in der Ukraine würde die Spannungen an der russischen Grenze weiter eskalieren lassen und Moskau somit zusätzlich zum Handeln zwingen, so Kremlsprecher Dmitri Peskow. Mit seiner Aussage reagierte er auf entsprechende Andeutungen Kiews.

Dabei handele es sich um Maßnahmen, mit denen die nationale Sicherheit Russlands gewährleistet werden soll, präzisierte Peskow am Freitag gegenüber Journalisten. Auf die Frage, welche Schritte damit genau gemeint sein könnten, antwortete Peskow: "Alle erforderlichen".

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten bezeichnete außerdem eine gegnerische Haltung gegenüber Russland, die die Ukraine und ihre Verbündeten vertreten, als "inakzeptabel und unangebracht". Peskow erklärte:

"Russland bedroht niemanden und hat nie jemanden bedroht. Darauf basiert unsere Position." Bereits am Donnerstag hatte Peskow davon gesprochen, dass "entlang der russischen Grenzen die Truppen der NATO-Staaten, anderer Organisationen und einzelner Länder verstärkt aktiv werden".

Zuvor hatte die Botschaft der Vereinigten Staaten in Kiew nach einem Telefonat zwischen dem ukrainischen Verteidigungsminister Andrei Taran und seinem US-amerikanischen Amtskollegen Lloyd Austin eine Erklärung veröffentlicht, laut der Washington im Falle einer Eskalation vonseiten Russlands der ukrainischen Regierung seine militärische Unterstützung zusicherte.

Der Mitteilung zufolge bekräftigte Austin "die unerschütterliche Unterstützung der USA der Souveränität, der territorialen Integrität und der euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine" und erinnerte zugleich an die Sicherheitshilfen in Höhe von mehr als zwei Milliarden US-Dollar, die die USA der Ukraine seit dem Jahr 2015 bereitgestellt haben.

Ebenfalls am Donnerstag hielt das ukrainische Verteidigungsministerium gemeinsame Gespräche mit den Militärattachés der USA, Großbritanniens und Kanadas ab, bei denen diese Haltung gegenüber Kiew bekräftigt wurde. Man werde die Situation in der Ukraine aufmerksam beobachten, hieß es in einer Meldung der US-Botschaft in Kiew.

In einer Stellungnahme zu den Äußerungen Kiews sagte der Vize-Sprecher des russischen Föderationsrates Konstantin Kossatschjow, dass die ukrainischen Streitkräfte in den vergangenen Monaten ihr Truppenkontingent im Donbass entgegen den OSZE-Vereinbarungen ausgebaut haben. Er erinnerte auch an die jüngste Erklärung des Oberbefehlshabers der ukrainischen Armee Ruslan Chomtschak, der die Pläne Kiews zur Verstärkung seiner Positionen sowohl in der Südostukraine als auch in der Nähe der Krim bekanntgegeben hatte. Der Senator betonte, dass diese Aktionen dem Minsker Abkommen eindeutig widersprechen, während Moskau versuche, die Umsetzung eines militärischen Szenarios zu verhindern.

Darüber hinaus setzte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am 24. März die sogenannte Strategie zur "Deokkupation und Reintegration der Krim" in Kraft, die zuvor vom Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine genehmigt worden war.

Das Dokument legt eine Reihe von diplomatischen, militärischen, wirtschaftlichen, informationellen und humanitären Maßnahmen fest, die darauf abzielen, "die territoriale Integrität und staatliche Souveränität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen" wiederherzustellen. Laut dem ukrainischen Präsidialamt soll die Strategie auch als ein Aufruf dienen, um die internationalen Anstrengungen zur Verteidigung der Normen des Völkerrechts und zur Entwicklung von Frieden und Sicherheit in Europa zu vereinen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.04/article/60674695b480cc12472e2243.JPG>